

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Brandenburg
Beschluss der 31. Ordentlichen Landesdelegiertenkonferenz
am Samstag, 3. November 2012
im Cultur Congress Centrum, Grabenstraße 14, 14776 Brandenburg a. d. H.

Braunkohleverfahren Welzow-Süd II einstellen!

Beim jüngsten Erörterungstermin des Braunkohleplanes Welzow-Süd Teilfeld II – es soll dort von 2027 bis 2042 Kohle gefördert werden – sind gravierende Verfahrensmängel sichtbar geworden. Zudem wurde wieder einmal überaus deutlich, dass die mit Tagebauen verbundenen Folge-Probleme nicht beherrschbar sind:

- Statt einer unabhängigen Prüfung der energiepolitischen Notwendigkeit stützt sich das Planverfahren allein auf die Bedarfs-Zahlen des Nutznießers Vattenfall.
- Es fehlt nach wie vor ein Umsiedlungsplan für die 810 betroffenen Bürgerinnen und Bürger. Der Ort Proschim, der aufgrund seiner Zugehörigkeit zum sorbischen Siedlungsgebiet durch die Landesverfassung besonders geschützt ist, würde vollständig zerstört.
- Die geplante Lage der Orte Lieske als schmaler Streifen und Welzow als Halbinsel am Tagebaurand ist unzumutbar und würde nicht nur die Lebensqualität durch Lärm, Staub und Verlust des Umlandes zerstören, sondern die Gegend auch als Wirtschaftsstandort extrem schädigen. Angesichts der bereits andernorts erfolgten Rutschungen an aktiven Tagebauen ist sie zudem aus Sicherheitsgründen nicht zu verantworten.
- Für den geplanten Tagebau Welzow-Süd II muss das Grundwasser großflächig abgesenkt und anschließend wieder zugeführt werden, was zur Versauerung von Grundwasser und Oberflächengewässern wie der Spree führt und damit einen Verstoß gegen die EU-Wasserrahmenrichtlinie mit sich bringt.
- Der Braunkohletagebau stellt bekanntermaßen einen erheblichen Eingriff in Natur und Umwelt dar, der auch nach Jahrzehnten nicht vollends ausgeglichen werden kann. Dies betrifft u. a. auch die nach brandenburgischem Naturschutzgesetz geschützten und als Naturdenkmal ausgewiesenen bewaldeten Binnendünen zwischen Proschim und Welzow, ebenso wie das indirekt beeinflusste Koselmühlenfließ, welches zum Teil als Naturschutzgebiet und FFH-Gebiet geschützt ist.
- Die Planung steht zudem im Widerspruch zu den Klimaschutzzielen von Landes- und Bundesregierung.

Bündnis 90/Die Grünen fordern daher die Einstellung des Braunkohleverfahrens für Welzow Süd II.